



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

**Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFi**
Berufsbildungspolitik

Projekte und Aktivitäten der Verbundpartner

Jahresbericht 2017

9. Februar 2018

Einleitung

Am Spitzentreffen der Berufsbildung 2014 waren sich die Verbundpartner einig, dass die Schweizer Berufsbildung – nicht nur aus ökonomischer, sondern auch aus gesellschaftlicher Sicht – ein wichtiger Pfeiler der ganzen Volkswirtschaft ist. Sie soll deshalb als attraktives, gleichwertiges Pendant zur allgemeinen Bildung weiter gestärkt werden und Garantin der Wirtschaft für qualifizierte Fachkräfte bleiben. Mit dem Ziel, die Bildungsangebote gemäss wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen weiterzuentwickeln, verabschiedeten die Verbundpartner folgende Handlungsschwerpunkte:

- Höhere Berufsbildung
- Berufsmaturität und Fachhochschulzugang
- Berufsabschluss und –wechsel für Erwachsene
- Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Die Verbundpartner erweiterten die Handlungsschwerpunkte mit den Bereichen Weiterbildung und Mobilität, welche nach 2014 ebenfalls Thema am Spitzentreffen waren.

Dieser Jahresbericht soll nun aufzeigen, was seitens Verbundpartner in den einzelnen Bereichen im vergangenen Jahr unternommen wurde. Damit setzen die Verbundpartner die Handlungsempfehlung der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates (GPK-N) um, welche in ihrem Bericht vom 22.03.2016 den Bundesrat ersuchte, im Rahmen seiner strategischen Rolle eine systematischere Umsetzung der Handlungsschwerpunkte zu fördern.

→ *Der Bericht ist in der elektronischen Fassung interaktiv gestaltet. Mit einem Klick auf unterstrichene Textstellen gelangt man zu weiterführenden Informationen,*

1 Berufsabschluss und –wechsel für Erwachsene

Mit dem Projekt «Berufsabschluss und Berufswechsel für Erwachsene» soll die Abschlussquote von Erwachsenen ohne arbeitsmarktrelevanten Berufsabschluss in der Grundbildung erhöht werden.

Ende September 2017 hat das SBFI an der Tagung Berufsabschluss für Erwachsene die Ergebnisse zweier Studien vorgestellt, bei welchen auch verbundpartnerschaftlich zusammengesetzte Begleitgruppen mitarbeiteten. Die eine Studie untersucht die Bedürfnisse von Arbeitgebenden am Berufsabschluss für Erwachsene, die andere analysiert die Bedürfnisse und Erfahrungen von erwachsenen Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Grundbildung.

Das SBFI hat 2017 das Handbuch «Berufliche Grundbildung für Erwachsene» publiziert. Dieses schafft Klarheit über die bestehenden Möglichkeiten und zeigt auf, welche Leitplanken es bei der Konzeption neuer Bildungsangebote zu beachten gilt.

Im Rahmen einer Reihe von Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen – welche in den Jahren 2017-2019 geplant sind – hat die Kampagne BERUFSBILDUNGPLUS.CH 2017 mit Hinweisen auf Plakaten, in TV-Spots und Informationen auf der Internetseite die Öffentlichkeit für den Berufsabschluss und –wechsel für Erwachsene sensibilisiert. Eine verbundpartnerschaftlich zusammengesetzte Begleitgruppe stellt sicher, dass Bund, Kantone und die Wirtschaft die Massnahmen gemeinsam unterstützen. Für die Begleitung der Massnahmenumsetzung ist zudem eine Expertengruppe vorgesehen, worin die Verbundpartner ebenfalls vertreten sind.

Die Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz SBBK hat im Mai 2017 die Kommission Berufsabschluss für Erwachsene eingesetzt, sie sich neben der sprachregionalen Koordination der Kantone auch um die interkantonale Zusammenarbeit auf nationaler Ebene kümmert. Dabei werden beispielsweise Fragen geklärt rund um die Finanzierung. Parallel dazu wird seit 2016 das Eingangsportale für den Berufsabschluss Erwachsener der Nordwestschweizer Kantone evaluiert. Die Ergebnisse sollen die Kantone zur Weiterentwicklung ihrer Informations- und Eingangsportale anregen.

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) hat auf Ebene der Verbandsgeschäftsführer, des Vorstands und in einer Arbeitsgruppe die Mitglieder laufend über die Thematik informiert.

2 Höhere Berufsbildung

Seit Januar 2018 werden Absolvierende von Kursen, die auf eine eidgenössische Prüfung vorbereiten, vom Bund finanziell unterstützt. Der Bundesrat hat die neue subjektorientierte Finanzierung mit der Änderung der Berufsbildungsverordnung BBV am 15. September 2017 verabschiedet. Ein Projektteam und eine Steuergruppe, worin die Verbundpartner (u.a. Kantone, SAV, SGB, SGV, Travail.Suisse) vertreten waren, halfen 2013-2017 bei der operativen und strategischen Ausarbeitung.

Aufgrund der Subjektfinanzierung haben die Kantone die Fachschulvereinbarung (FSV) per 1. Januar 2017 aufgehoben. In einer Übergangsphase werden die FSV-subventionierten Angebote auslaufend weiter finanziert, um einen reibungslosen Übergang in die Zuständigkeit des Bundes zu garantieren. Im Bereich der höheren Fachschulen subventionieren die Kantone die anerkannten Studiengänge schweizweit zu den gleichen Konditionen. Die Tarife für die Schuljahre 2017/18 und 2018/19 sind festgelegt und publiziert. Der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) hat 2017 zur Förderung des Unternehmertums im Bereich Unternehmensführung einen strukturierten Begleitprozess entwickelt.

Der Bund hat die Verordnung über Mindestvorschriften für die Anerkennung der Bildungsgänge und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen MiVo-HF revidiert, welche die eidgenössische Anerkennung von Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen NDS HF gewährleistet. Die Verordnung trat am 1. November 2017 in Kraft. Ziele der Revision sind die Überprüfung und Klärung der Strukturen, Prozesse und Verantwortlichkeiten der Akteure. Die Verbundpartner hatten in einer Vernehmlassung Gelegenheit, Stellung zu beziehen.

3 Berufsmaturität und Fachhochschulzugang

Die Stärkung der lehrbegleitenden Berufsmaturität (BM 1) hat zum Ziel, mehr Jugendliche für die BM 1 zu gewinnen. Dies besonders in Wirtschaftszweigen, in welchen die Fachhochschul-Abschlüsse für die Prosperität der Wirtschaft wichtig sind. Beispielsweise in den Bereichen Technik und Informationstechnologie, Bau- und Planungswesen, Chemie und Life Sciences sowie Gesundheit. Eine verbundpartnerschaftlich zusammengesetzte Steuergruppe (u.a. Kantone, SAV, SGB, SGV, Travail.Suisse) schlägt vor, die Rahmenbedingungen bzgl. zeitlicher Durchführung der Berufsmaturität für die Schulen zu erweitern. Neu soll es möglich sein, den Berufsmaturitätsunterricht von der Lehrdauer des eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses (EFZ) moderat zu entkoppeln. Teile des BM-Unterrichts können neu vor oder nach der Lehre durchgeführt werden.

Im Mai 2017 hat das SBFI den Ergebnisbericht «Konsultation zu den Eckwerten zur Flexibilisierung der schulischen Umsetzung der lehrbegleitenden Berufsmaturität» veröffentlicht. Im Allgemeinen lässt sich festhalten, dass ein Bedürfnis nach Flexibilisierung der BM-Unterrichtsmodelle vorhanden ist. Die Mehrheit der Angeschriebenen ist der Ansicht, dass die BM 1 durch die formulierten Eckwerte attraktiver wird. Die Eckwerte werden bis auf einen von allen befürwortet.

Ein zweites Teilprojekt hat zum Ziel, mit einer zielgruppengerechten Information und Kommunikation das Bewusstsein der Attraktivität der Berufsmaturität zu steigern. Zur Vorbereitung des Teilprojekts wurden 2017 die Bedürfnisse der Zielgruppen unter Berücksichtigung der bestehenden Best-Practice Beispiele der Kantone und Organisationen der Arbeitswelt erfasst und ein entsprechendes Umsetzungskonzept verabschiedet. Basierend auf den oben genannten Grundlagen erarbeitet der Bund mit einer verbundpartnerschaftlich zusammengesetzten Arbeitsgruppe bereitzustellende Informationen und Instrumente. Die Instrumente werden voraussichtlich ab Sommer 2018 zur Verfügung stehen.

4 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Um die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung auf Herausforderungen wie beispielsweise die Digitalisierung auszurichten oder besser an die Wirtschaft anzubinden, haben Bund und Kantone entsprechende Schritte eingeleitet.

Die Schweizerische Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Berufs- und Studienberatung (KBSB) hat 2017 die Erarbeitung von Empfehlungen zur Berufs- und Scholorientierung in der obligatorischen Schule aufgenommen. Diese sollen die Kantone bei der Umsetzung der sprachregionalen Lehrpläne unterstützen, in denen die Berufs- und Scholorientierung thematisiert wird.

Im Bereich der Allgemeinbildung auf der Sekundarstufe II führt die EDK eine Evaluation der Studienberatung in den Gymnasien durch, um damit die Umsetzung der EDK Empfehlungen dazu zu unterstützen.

Das Schweizerisches Dienstleistungszentrum Berufsbildung (SDBB) hat unter Mitwirkung der KBSB an der diesjährigen Fachtagung zur Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung die zukünftigen Herausforderungen und Bedürfnisse im Bereich der BSLB unter dem Titel Berufs-, Studien und Laufbahnberatung 4.0 thematisiert. Dabei wurden neben der Digitalisierung auch Fragen rund um die Beratung von Erwachsenen behandelt.

Im April 2017 fand die dritte nationale Konferenz zum Thema ältere Arbeitnehmende statt, bei welcher Vertreter von Bund, Kantonen und Sozialpartnern teilgenommen haben. In diesem Kontext und gemäss der Erhebung über die kantonalen Angebote zur Berufs-, Studien und Laufbahnberatung wurden Handlungsempfehlungen zuhanden der EDK erarbeitet. Die Verbundpartner haben sich darauf geneigt, bis zur nächsten Konferenz zu prüfen, ob eine Vertiefung zur Beratungstätigkeit für ältere Arbeitnehmende Sinn macht.

5 Weiterbildung

Am 1. Januar 2017 ist das Bundesgesetz über die Weiterbildung (WeBiG) in Kraft getreten. Damit soll die Qualität und Transparenz von Weiterbildungsangeboten gefördert und die Chancengleichheit verbessert werden. In diesem Kontext hat das SBFJ eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen mit Travail.Suisse Formation TSF. Dabei liegt der Schwerpunkt beim Thema "Zugang zur Weiterbildung von Menschen mit Behinderungen".

Die Verordnung über die Weiterbildung (WeBiV) regelt die Bereiche, für die das WeBiG eine Finanzierung vorsieht und deren Kriterien es zu konkretisieren gilt. Einerseits geht es dabei um Finanzhilfen an Organisationen der Weiterbildung und andererseits um den Erwerb und Erhalt von Grundkompetenzen Erwachsener, der mit Finanzhilfen des Bundes an die Kantone gefördert werden soll. Die Inkraftsetzung der Weiterbildungsverordnung erfolgte ebenfalls Anfang 2017.

Die Interkantonale Konferenz der Weiterbildungsverantwortlichen IKW lancierte zusammen mit dem Schweizerischen Dachverband Lesen und Schreiben die Kampagne «einfach besser!», welche die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener zum Ziel hat, um ihnen den Einstieg in weiterführende formale Bildungsangebote zu ermöglichen.

Angelehnt an diese Kampagne hat der Bundesrat im November 2017 mit dem Förderschwerpunkt Grundkompetenzen am Arbeitsplatz eine Massnahme verabschiedet, die Arbeitnehmenden helfen soll, mit den sich stetig verändernden Anforderungen der Arbeitswelt Schritt zu halten und auch in fortgeschrittenem Alter im Erwerbsleben zu verbleiben. Bei der Entwicklung des Förderschwerpunkts wurden die Verbundpartner (u.a. Kantone, SAV, SGB, SGV, Travail.Suisse) miteinbezogen.

Seit 2017 entwickelt Movendo, das Bildungsinstitut des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, ein Netzwerk von Botschaftern für die Weiterbildung.

6 Mobilität

Die EDK hat zusammen mit dem Bund die Schweizerische Stiftung für die Förderung von Austausch und Mobilität (SFAM) eingesetzt, die seit Anfang 2017 unter dem Namen Movetia die diesbezüglichen Aufgaben der ch Stiftung übernommen hat. Movetia fördert und unterstützt Projekte und Aktivitäten im Bereich von Austausch und Mobilität in der Aus- und Weiterbildung auf nationaler und internationaler Ebene, sowohl im schulischen als auch im ausserschulischen Bereich. Zudem vernetzt Movetia Organisationen und Institutionen im Bereich Austausch und Mobilität und bringt Anbieter sowie interessierte Nutzer von Projekten und Aktivitäten zusammen.

Der Bund und die Kantone haben im November zudem ihre gemeinsame Schweizerische Strategie Austausch und Mobilität verabschiedet. Mit der Strategie wird eine verstärkte Anerkennung und Förderung von Austausch und Mobilität angestrebt, mit dem Ziel, höhere Beteiligungszahlen zu erreichen. Dazu sollen die bestehenden Angebote ausgebaut und weiterentwickelt werden und es soll ein einfacher Zugang zu Information und Angeboten gewährleistet sein. Schliesslich schafft die Strategie die Voraussetzung für eine effektive Kooperation und Koordination zwischen Bund und Kantonen sowie den weiteren Akteuren im Bereich von Austausch und Mobilität.